

# ecke

nr. 3 – juni / juli 2024

# köpenicker

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



## WELCHE ECKE?



Die Luisenstadt hat bekanntlich viele schöne Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Buchhandlung am Moritzplatz. Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Köpenicker, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net. Bitte vergessen Sie auch die Absenderadresse nicht! Der Einsendeschluss ist Montag, der 12. August 2024.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte die Skulptur auf dem Vattenfall-Areal an der Köpenicker Ecke Michaelkirchstraße. Gewonnen hat Martin Mielke – herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein geht Ihnen per Post zu.

## Luisenstadt-Stammtisch

Am »Luisenstadt Stammtisch«, organisiert vom Bürgerverein Luisenstadt, treffen sich am 2. Dienstag jedes Monats Anwohnerinnen und Anwohner, Nachbarn und Neugierige, um aktuelle Informationen über den Kiez auszutauschen, sich kennenzulernen und ins Gespräch zu kommen ...

Die nächsten Termine sind Dienstag, der 9. Juli sowie der 13. August, jeweils ab 18 Uhr im Restaurant Agora, Annenstraße 13. Eine vorherige Anmeldung (um ausreichend Plätze im Lokal reservieren zu können) ist erwünscht per Mail an: stammtisch@buergerverein-luisenstadt.de

Ein regelmäßig erscheinender Newsletter kann per Mail angefordert werden: rosie.kuehne@web.de. Auf der Website der Betroffenenvertretung ist der aktuelle Newsletter als PDF abrufbar: [www.luise-nord.de](http://www.luise-nord.de)

## Die nächste Ausgabe

der Ecke Köpenicker erscheint Ende August.

## »Leben an und mit der Berliner Mauer«

Kiezgespräch mit der Historikerin Anna von Arnim-Rosenthal und den Zeitzeuginnen Bettina Rathenow und Sanem Kleff. Bettina Rathenow war Mitbegründerin der Oppositionsgruppe »Frauen für den Frieden« in der DDR und 1989/90 Teilnehmerin des Runden Tisches in Friedrichshain. Die türkeistämmige Lehrerin Sanem Kleff arbeitete ab 1981 an einer Kreuzberger Hauptschule. Heute leitet sie das Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«.

Moderiert wird das Gespräch von BAB-Referent Dr. Philipp Schultheiß. Do, 20. Juni, 18 Uhr, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum, Adalbertstraße 95 A, 10999 Berlin

## Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail!

## INHALT

**Seite 3** Steigende Bevölkerungszahlen in der Nördlichen Luisenstadt

**Seite 4** »Schmidchen« wurde eingeweiht / Nachrichten

**Seite 5** Verwaltungsgerichtsentscheidung zu A&O-Hostel

**Seite 6** Umgestaltungsideen am Michaelkirchplatz / Nachlese zum Tag der Städtebauförderung

**Seite 7** Spreeuferweg / Haushaltsbefragung zu Kiezblocks

**Seite 8** Waisenbrückentag / Nachrichten

**Seite 9** Bürgerverein / Veranstaltungen

**Seite 10** Historische Kolumne

## Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** E-Scooter
- **Seite 12 / 13** Interview mit Bezirksstadtrat Christopher Schriner
- **Seite 14** Neue Bänke für den Bezirk

**Seite 15** Gebietsplan und Adressen

**Seite 16** Eckensteher

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

**Redaktion:** Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

**Redaktionsadresse:** »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

**Fotoredaktion:** Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

**Entwurf und Gestaltung:** capa, Anke Fesel, [www.capadesign.de](http://www.capadesign.de)

**Druck:** Möller Pro Media

**V.i.S.d.P.:** Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

## Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Köpenicker« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: [www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de), auf der Website der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt [www.luise-nord.de](http://www.luise-nord.de) sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: [www.buergerverein-luisenstadt.de](http://www.buergerverein-luisenstadt.de)

# Gefahrengut-Betrieb blockiert Stadtentwicklung

## Bevölkerungszahl wächst stark in Luisenstadt-Mitte und geht in Kreuzberg zurück

Die Bevölkerungsentwicklung in der Luisenstadt verläuft sehr unterschiedlich – das hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen kürzlich festgestellt. Bei einem Vergleich der Berliner Fördergebiete im Programm »Lebendige Zentren und Quartiere« (LZQ) stellte sich heraus, dass die Bevölkerung im Fördergebiet Luisenstadt Mitte am stärksten von allen wächst.

## Mehr Wohnungsneubau im Ostteil

Das Fördergebiet Luisenstadt Mitte ist deutlich größer als das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt, eine Karte finden Sie auf Seite 15. Geohistorisch hängt es mit dem Kreuzberger »Fördergebiet Luisenstadt« zusammen, das sich südlich davon im Bereich zwischen Köpenicker, Mantuffel- und Skalitzer Straße sowie dem Luisenstädtischen Kanal befindet und manchmal auch »Luisenstadt Kreuzberg« genannt wird. Hier ging die Bevölkerungszahl in den vergangenen drei Jahren deutlich zurück. Die Senatsverwaltung sieht einen Grund dafür in einer Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße im Gebiet: Keiner gibt hier noch seine Wohnung auf, selbst wenn Kinder oder ehemalige Lebenspartner ausziehen oder Angehörige versterben. Man hält, so lange es irgend geht, am Mietvertrag fest, weil es immer noch wesentlich günstiger ist, allein in einer großen Wohnung mit altem Mietvertrag zu leben als



einen neuen Mietvertrag abzuschließen. Ganz zu schweigen von der Schwierigkeit, angesichts der Wohnungsnot überhaupt eine (kleinere) Wohnung zu finden.

Das ist aber nur der ein Teil der Erklärung. Der hauptsächliche Grund für das anhaltende Bevölkerungswachstum in der Luisenstadt Mitte ist nämlich der Wohnungsneubau, der in Mitte viel stärker ist als in Kreuzberg. Einerseits gibt es in Mitte deutlich mehr bebaubare Flächen: Größere Areale, auf denen Wohnungsbau stattfinden könnte wie beispielsweise das ehemalige Postfuhramt oder die Brache neben der Eisfabrik gibt es in der Kreuzberger Luisenstadt fast gar nicht mehr. In der Luisenstadt Mitte aber wurden in den vergangenen Jahren ziemlich kontinuierlich auf Brachen und Baulücken neue Wohnhäuser errichtet – und der Trend hält trotz Krise weiterhin an. Das Phänomen lässt sich übrigens in ganz Berlin beobachten: Im Osten findet wesentlich mehr Wohnungsbau statt als im Westen und das schon seit vielen Jahren.

## OTEK konserviert Bauruine

In der Luisenstadt kommt aber noch ein anderes Problem hinzu: Ein sogenannter »Seveso-Betrieb« blockiert hier den Neubau von Wohnungen vor allem in der Kreuzberger Luisenstadt: die Firma OTEK in der Köpenicker Straße 147. Hier werden Metalle mithilfe elektrischen Stroms beschichtet, bei der Galvanisierung kommen auch gefährliche Chemikalien zum Einsatz. Nach der Seveso-II-Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft sind solche Gefahrengut-Betriebe in der Nähe von Wohngebieten eigentlich nicht zulässig. Aber die OTEK war hier schon ansässig, als die EU-Richtlinie noch gar nicht existierte und hat deshalb Bestandsschutz. Auch bereits bestehende Wohnungen in ihrer Umgebung dürfen weiter bewohnt werden. Aber neue Wohnungen, Schulen oder Kitas dürfen in einem bestimmten Umkreis um sie herum nicht mehr errichtet werden.

Alle Bestrebungen, diesen Störfall-Betrieb umzusiedeln, sind bislang gescheitert, eine Verlegung in den Gewerbepark Marzahn hat das Unternehmen abgelehnt. Dadurch ist insbesondere die Entwicklung des Kreuzberger Spreeufers hinter der Schillingbrücke blockiert, wo am »Victoriaspeicher« auf einem landeseigenen Grundstück in größerem Umfang Wohnungsbau stattfinden könnte. In Mitte konnte die Bauruine auf dem Grundstück Köpenicker Straße 139–140 (kurz vor der Kreuzung Engeldamm) über lange Zeit nicht weiterentwickelt werden. Erst wenn der Radius des »Seveso-Kreises« um die OTEK etwas verkleinert werden kann, wäre das möglich. Entsprechende Auflagen wurden der OTEK zwar erteilt, ob der Betrieb ihnen gefolgt ist, ist aber noch nicht überprüft. Erst wenn das geklärt ist, kann der Bezirk dem Eigentümer des Grundstückes einen beantragten Bauvorbescheid bewilligen, der hier den Bau eines Seniorenwohnheims vorsieht.

Unterdessen dient die Ruine trotz vielfacher Sicherheitsmaßnahmen zahlreichen Obdachlosen als Unterschlupf. Die sind in der Bevölkerungsstatistik aber noch nicht mal mitgezählt.



Ch. Eckelt

## MOKIB Schmidchen geht an den Start

Die letzte Kita des modularen Programms wurde in der Schmidstraße feierlich eröffnet

Nachdem im November vergangenen Jahres der neugebaute MOKIB (modularer Kita-Bau) der Kita Schmidchen den Betrieb aufgenommen hat, erfolgte im März auch die Übergabe der Außenanlagen. Anfang Juni wurde der Erweiterungsbau feierlich eröffnet. Gemeinnütziger Träger der Kita ist die Volkssolidarität Berlin gGmbH. Der moderne Kita-Neubau in Holzbauweise erweitert das Bestandsgebäude der Einrichtung im Heinrich-Heine-Viertel um 136 Plätze.

Das Projekt MOKIB (modulare Kita-Bauten Berlin) war 2017 gestartet, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen realisierte die Maßnahmen. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Landes Berlin aus dem Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt (SIWA).

In einem EU-weiten Wettbewerbsverfahren waren bis Ende 2017 zwei Generalplaner ausgelobt worden, Kersten+Kopp aus Berlin und karlundp aus München, um zwei Kitatypen in Holzbauweise zu entwickeln. Die insgesamt neun MOKIBs – vier zweigeschossige und fünf dreigeschossige – wurden in neun Berliner Bezirken realisiert und bieten jeweils bis zu 136 Kitaplätze. Die Kitas wurden in Modulbauweise in vorgefertigter Holzkonstruktion ausgeführt. Die Kita in der Schmidstraße bildete den Abschluss des MOKIB-Programms, mit dem berlinweit neun Kitas in modularer Holzbauweise errichtet und insgesamt 1224 neue Kitaplätze geschaffen wurden.

»Schmidchen« ist eine dreigeschossige MOKIB-Variante, die neben einer bereits bestehenden Kita der Volkssolidarität gebaut wurde. Die modularen Holzbauelemente wurden im Werk vorgefertigt, dadurch reduzierten sich Bauzeit und Emissionen auf der Baustelle.

Die Kita in der Schmidstraße erhält zudem »Kunst am Bau«: Der Künstler Ulrich Vogl hat sich mit dem Modulhaften der Kita auseinandergesetzt und eine Miniaturkita entworfen, die bespielbar ist.

### In direkter Nachbarschaft I: Hochhaus Jannowitzbrücke – öffentliche B-Plan-Auslegung

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 1-109 VE für die Grundstücke östlich der Alexanderstraße zwischen Holzmarktstraße und S-Bahnhof Jannowitzbrücke wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit veröffentlicht.

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau eines Geschäfts- und Bürohochhauses mit drei Untergeschossen, öffentlich zugänglichen bzw. öffentlich wirksamen Nutzungen im Erdgeschoss sowie ersten und letzten Obergeschoss geschaffen werden.

Die Veröffentlichung des Bebauungsplanentwurfs erfolgt bis einschließlich 12. Juli 2024

im Internet unter: [www.berlin.de/bebauungsplaene-mitte](http://www.berlin.de/bebauungsplaene-mitte) sowie auf dem zentralen Landesportal: [mein.berlin.de](http://mein.berlin.de)

Die Unterlagen zum Bebauungsplanentwurf können dort eingesehen werden.

Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet sind die Unterlagen im oben genannten Zeitraum im Bezirksamt Mitte einsehbar: im Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung, Müllerstraße 146, 13353 Berlin, 1. Etage, Zimmer 167 (Mo–Do 10–12 Uhr und 13–15 Uhr sowie nach vorheriger telefonischer Vereinbarung unter der Telefonnummer 901 84 57 52 oder per E-Mail: [bebauungsplan@ba-mitte.berlin.de](mailto:bebauungsplan@ba-mitte.berlin.de).

Während der Veröffentlichungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden. Die Stellungnahmen sollen elektronisch über Eingabe auf einer der oben genannten Internetseiten oder per E-Mail an: [bebauungsplan@ba-mitte.berlin.de](mailto:bebauungsplan@ba-mitte.berlin.de) übermittelt werden, können bei Bedarf aber auch auf anderem Weg (zum Beispiel schriftlich vor Ort oder postalisch an das Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Müllerstraße 146, 13353 Berlin) eingereicht werden.

### In direkter Nachbarschaft II: Werkbundarchiv – Museum der Dinge am neuen Standort

Nach 17 Jahren in der Oranienstraße 25 im Kreuzberger Teil der Luisenstadt wurden die Museumsflächen durch einen anonymen Immobilienfonds gekündigt, am 5. November 2023 endete die Zeit dort. Jetzt wurden Interimsräume (für die nächsten Jahre) am Spittelmarkt, Leipziger Straße 54, 10117 Berlin-Mitte eröffnet. Bis Ende Februar nächsten Jahres wird dort die Sonderausstellung »Profitopolis oder der Zustand der Stadt« gezeigt, die neue Dauerausstellung wird dann ab November 2024 zu sehen sein.

Werkbundarchiv – Museum der Dinge, Leipziger Str. 54  
Mehr Informationen unter [museumderdinge.de](http://museumderdinge.de)

## Rein baurechtlich zulässig

### A&O Hostel will Bettenzahl erweitern

*Das größte Hotel Deutschlands, manche sagen auch das größte Hotel Europas, ist das »Estrel« in Neukölln. Es verfügt laut Wikipedia über 1125 Zimmer mit mehr als 2000 Betten. Mit 1500 Übernachtungsplätzen kommt das A&O-Hostel in der Köpenicker Straße dem Estrel aber schon ganz schön nahe. Geht es nach dem Willen der Betreiberfirma, soll die Zahl sogar noch weiter steigen.*

Denn die A&O Hostel GmbH & Co KG ist ein expandierendes Unternehmen. Im Jahr 2000 wurde das erste Hostel in der Boxhagener Straße in Friedrichshain eröffnet, 2002 kam ein Hostel am Bahnhof Zoo hinzu (inzwischen ist das Gebäude in der Joachimsthaler Straße abgerissen) und 2004 öffnete das »A&O-Hostel Berlin-Mitte« in der Köpenicker Straße. Derzeit gibt es 40 A&O-Hostels in 25 Städten und neun europäischen Ländern, davon vier in Berlin (neben den beiden aufgeführten auch noch eines am Hauptbahnhof und eines in Hohenschönhausen). Die Verwaltung des Unternehmens wurde bislang von der Köpenicker Straße aus betrieben, die räumlichen Kapazitäten hier reichen aber nicht mehr aus. Die Verwaltung soll deshalb umziehen, die freiwerdenden Räume plant das Unternehmen in die typischen Mehrbettzimmer mit jeweils 4 bis 8 Betten umzubauen.

Doch der Bezirk verweigerte dazu bislang die Baugenehmigung. Denn die Belastung für die Umgebung ist jetzt schon enorm. So führt der Reisebusverkehr auf der Köpenicker und der Adalbertstraße regelmäßig zu Verkehrsproblemen, zudem ist die Lärmbelästigung, die vom Hostelbetrieb und seinen Gästen ausgeht, für ein Wohngebiet eigentlich zu hoch. Das vom Hostelbetreiber angerufene Verwaltungsgericht sah das freilich etwas anders. Bei einem Vor-Ort-Termin befand das Gericht die Verkehrsbeeinträchtigungen für noch verträglich, weil sie nur vorübergehend auftraten. Die Reisebusse fahren das Hostel nämlich in der Regel nur morgens und abends an (also im Berufsverkehr) und nicht den ganzen Tag über. Die Richterin hielt das für hinnehmbar. Nach den Sommerferien eröffnet jedoch direkt nebenan die neue Grundschule in der Adalbertstraße, dann bringen morgens und nachmittags auch noch die Eltern ihre Sprösslinge in die neue Compartmentschule – oftmals wohl auch von weiter her per »Elterntaxi«. Die Konfliktsituation wird sich also verschärfen, die Proteste sind bereits absehbar.

Hinsichtlich der Lärmbelästigung muss das Hostel jetzt ein Lärmgutachten bei einem vereidigten Gutachter in Auftrag geben und gegebenenfalls Umbauten im Haus vornehmen. Das klingt zwar recht einleuchtend, kann aber in der Praxis zu widersprüchlichen Ergebnissen führen. Denn »Lärm« im Sinne der Lärmschutzverordnung ist nicht schlichtweg der Schall, der an das Ohr der Nachbarinnen und Nachbarn dringt. »Normaler« Verkehrslärm gehört nicht dazu, auch der Schall, der von Menschengruppen ausgeht, ist im juristischen Sinn nur Alltagsgeräusch und kein Lärm. Da das Hostel von vielen Schulklassen genutzt wird, die ihre Klassenfahrt in die Bundeshauptstadt machen, machen diese Alltagsgeräusche freilich einen Großteil des Geräuschpegels aus, der die Nachbarschaft tagsüber und nachts stört. Paradoxerweise würden deshalb dauerhaft verschlossene Fenster an der Straßenfront den juristisch relevanten Lärm nicht vermindern, sondern im Gegenteil sogar noch erhöhen. Denn die Schreie der sozial interagierenden Pubertierenden im Hostel zählen ja nicht, dafür aber sehr wohl das Rauschen der Ventilatoren der Belüftungsanlage auf dem Dach, die der Betreiber einbauen müsste.

Baurechtlich darf das Hostel seine Kapazität erweitern, insofern es dabei den Anweisungen des Lärmschutzgutachtens folgt. Allerdings braucht es im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt zusätzlich auch eine sanierungsrechtliche Genehmigung, die der Bezirk definitiv nicht erteilen wird, weil eine Erweiterung den Sanierungszielen widerspricht. Der Haken: Im Jahr 2026 läuft das Sanierungsrecht aus, falls der Senat das Sanierungsgebiet nicht doch noch verlängert.

Ab 2026 wird das A&O-Hostel also erweitern dürfen. An das »Estrel« in Neukölln wird es dennoch nicht herankommen. Denn insgesamt käme das »A&O Hostel Berlin-Mitte« dann auf rund 1750 Betten. Am Estrel aber entsteht gerade der neuen, 45-stöckige »Estrel-Tower« mit zusätzlichen 525 Zimmern. Die Hotelanlage wird dann über ca. 3000 Betten verfügen. cs



Ch. Eckelt



## Denkmalschutz bangt um Sichtachse

Die Erweiterung des Michaelkirchplatzes wird vorbereitet

Die Grünanlage rund um die Michaelkirche soll nach dem Konzept »Klimagerechte Straße für alle« erweitert werden. Dazu ist geplant, den Teil der Straße »Michaelkirchplatz«, der über die verzweigten Enden der Michaelkirchstraße umfahren werden kann, von der Nutzung als Straße zu lösen und in einen vielfach nutzbaren öffentlichen Freiraum umzuwandeln. Auch die jetzige Verkehrsinsel nördlich des Michaelkirchplatzes soll mit zusätzlichen Parkbänken ausgestattet werden und auf diese Weise zu einem integralen Bestandteil der Grünanlage werden.

Das Vorhaben stößt in der Nachbarschaft nicht nur auf Zustimmung. Denn entlang der eingezogenen Straße würden auch rund 15 Parkplätze entfallen. Und die sind knapp in der Gegend, seitdem die WBM ihre Parkplätze an der Schmidstraße und vor dem Wohnriegel Köpenicker 104–114 für dringend benötigten Wohnungsneubau aufgeben musste.

Auch die Denkmalpflege äußert Bedenken. Dabei geht es um die Sichtachse auf die Michaelkirche von der Michaelkirchstraße her, die auf dem nebenstehenden Foto dokumentiert ist. Obwohl durch die wegfallenden Parkplätze diese Achse eigentlich freigemacht wird, opponierte die Untere Denkmalschutzbehörde gegen den Vorschlag, auf dem eingezogenen Stück Straße Tischtennisplatten oder Parkbänke in der Sichtachse zur Michaelkirche aufzustellen.

Von anderen Plätzen im Bezirk weiß man, dass mehrere Tischtennisplatten ziemlich attraktive Sportflächen sowohl für die Anwohnenden als auch für im Gebiet Arbeitende sein können. Denn bei mehreren Platten ist die Chance wesentlich größer, einen freien Tisch vorzufinden, wenn man sich verabredet.

Dabei scheint die Behörde sehr grundsätzlich und prinzipiell zu argumentieren. Denn die prächtige Kuppel der Michaelkirche erhebt sich ja stolze 56 Meter über den Platz und ist eigentlich von überall in der Michaelkirchstraße aus gut zu sehen. Nicht nur die Sprecher der Betroffenenvertretung im Sanierungsbeirat, in dem diese Argumentation vorgestellt wurde, fragten sich, wie Tischtennisplatten, die ja nicht mal ein Meter hoch sind, und Parkbänke die Sichtachsen beeinträchtigen sollen. cs

## Neue Schule präsentierte sich

Rundgänge am Tag der Städtebauförderung völlig ausgebucht

Schon frühzeitig ausgebucht waren die beiden Rundgänge durch die neue »49. Schule« in der Adalbertstraße, die der Gebietsbetreuer der Nördlichen Luisenstadt, das Büro KoSP, zum Tag der Städtebauförderung am 4. Mai organisiert hatte. Insbesondere die Familien der Kinder, die nach den Sommerferien diese Schule besuchen werden, hatten großes Interesse daran, sich die neuartige Raumaufteilung der »Compartmentschule« vorführen zu lassen.

Diskutiert wurde auch über den künftigen Namen der Schule. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte der Bürgerverein Luisenstadt den Namen »Gebrüder-Lilienthal-Schule« vorgeschlagen: Der später weltweit bekannte Fluggpionier Otto Lilienthal gründete zusammen mit seinem Bruder Gustav, einem Architekten und Ingenieur, gleich um die Ecke in der Köpenicker Straße 110–113 eine Maschinenfabrik. Beide waren begnadete Erfinder und entwickelten viele Patente, Gustav entwickelte beispielsweise den Ankerstein-Baukasten und erfand den Leicht- und Fertigteilbau, mithin sozusagen die Basis des neuen Schulbaus in der Adalbertstraße.

Es gab aber auch andere Namensvorschläge. Schulleiterin Claudia Rother erklärte die Namensgebung freilich zur Aufgabe der künftigen Schulgemeinschaft. Bis zu drei Jahre Zeit habe die Schulkonferenz, um sich auf so wesentliche Grundlagen wie das Schulprogramm und den Schulnamen zu einigen.

Kaum voran kommt unterdessen die Umgestaltung der Adalbertstraße, die eigentlich direkt nach Abschluss der Baumaßnahmen für die Grundschule beginnen sollte. Die Planung steht noch aus, die Ausschreibung ist ins Stocken geraten. Noch ungelöst sind zudem Probleme der Schulsicherheit: Insbesondere die Überquerung der Köpenicker Straße birgt hier Gefahren. Denn an der Einmündung der Adalbertstraße fehlt nach wie vor eine Ampel, obwohl hier in den Morgenstunden nicht nur der normale Berufsverkehr die Straße verstopft, sondern auch etliche Reisebusse, die das A&O-Hostel neben der Schule ansteuern (Seite 5). Auch mit diesem Problem, auf das die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets schon jahrelang hinweist, wird sich die Schulkonferenz der neuen Schule wohl intensiv beschäftigen müssen. cs

## Eröffnung schon Anfang 2026?

In zwei Jahren könnte der Spreeuferweg fertig sein – zumindest provisorisch

Ein durchgängiger Spreeuferweg zwischen Jannowitz- und Schillingbrücke könnte wohl doch recht zügig fertiggestellt werden. Zumindest als Provisorium, denn die Uferstützwände, die die Wasserstraße einfassen, müssen später noch erneuert werden. Das wird zwar vom Wasser aus durchgeführt, ein Streifen direkt am Ufer kann dennoch erst nach der Fertigstellung der neuen Spundwand gestaltet werden.

Der Teil des ersten Bauabschnitts des öffentlich nutzbaren Grünstreifens entlang der Spree zwischen Wilhemine-Gemberg-Weg und Bootshaus war bei Redaktionsschluss schon so gut wie fertig, rechtzeitig zum Sommerfest der Genossenschaft Spreefeld am 9. Juni wurden die Bauzäune abgebaut. Spätestens im Herbst sollen die Bauarbeiten am »Spreebalkon«, also am Geländesprung hoch zum Bona-Peiser-Weg am Verdi-Haus stattfinden.

Bis zur Eröffnung des gesamten ersten Bauabschnitts muss im Bereich des Grundstücks Michaelkirchstraße 22/23 aber noch die Fertigstellung des Neubauvorhaben »Elements« abgewartet werden. Hier gibt es seit Anfang April einen neuen Projektentwickler, nachdem sein Vorgänger aufgrund der stark gestiegenen Baukosten seine Insolvenz erklärt hatte. Die Baustelleneinrichtung für dieses Projekt wird vermutlich noch bis Ende 2025 die bauliche Gestaltung des Uferwegs blockieren.

Der zweite Bauabschnitt, der sogenannte »Rungestraßenblock« zwischen Michaelkirch- und Jannowitzbrücke könnte nach gegenwärtigem Stand vermutlich bereits Mit-

te 2025 in Angriff genommen werden und bis Anfang 2026 fertig gestellt werden. Die Verhandlungen um die Übertragung des letzten erforderlichen Grundstücks standen jedenfalls Anfang Juni angeblich unmittelbar vor dem erfolgreichen Abschluss. Möglicherweise könnte also bereits im ersten Quartal 2026, also ziemlich genau 15 Jahre nach der Festsetzung des Sanierungsgebietes Nördliche Luisenstadt, ein durchgängiger Uferweg entlang des südlichen Spreeufers im Mitte-Teil der Luisenstadt der Öffentlichkeit übergeben werden. Damit wäre ein wichtiges Sanierungsziel größtenteils umgesetzt. Es gibt aber auch noch einen dritten Bauabschnitt am Ufer jenseits der Jannowitzbrücke, zu dem auch der mögliche Neubau der Waisenbrücke gehört.

Entlang des Uferwegs sollen auch mehrere sogenannte »Geschichtsinself« auf Stelen über wichtige Aspekte der Lokalgeschichte aufklären. Dazu findet derzeit ein Vergabeverfahren statt, im August soll eine Jury unterschiedliche Entwürfe bewerten, auch die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets wird an den Sitzungen teilnehmen. cs

## Fragebogen im Briefkasten?

Haushaltsbefragung zum Kiezblock Nördliche Luisenstadt

Gemeinsam mit dem Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit des Helmholtz-Zentrums Potsdam (RIFS) und der Universität Heidelberg konnte das Straßen- und Grünflächenamt Mitte (SGA Mitte) Forschungsgelder in Höhe von nahezu 300.000 Euro für das Projekt »KlimaKieze« einwerben. Damit sollen Teilnahmeverfahren zur Einrichtung und Gestaltung von vom Durchgangsverkehr beruhigten Kiezblocks im Weddinger Antonkiez und in der Nördlichen Luisenstadt durchgeführt werden. In der Weddinger Bellermannstraße (hinter dem Gesundbrunnencenter) kann man sich so einen Kiezblock schon einmal ansehen, auch im Brüsseler Kiez (auf der Genter Straße hinter dem Rathaus Wedding) sind Straßensperrungen durch Poller zum Teil schon umgesetzt.

In einem ersten Schritt wurden im Winter auf der Straße Informationen zur Verkehrssituation vor Ort gesammelt und die Passantinnen und Passanten befragt. Trotz winterlicher Temperaturen war die Beteiligung sehr rege und konstruktiv. Im nächsten Schritt wird jetzt im Sommer postalisch eine repräsentative Haushaltsbefragung durchgeführt. Wer also einen Fragebogen der Universität Heidelberg in seinem Briefkasten findet, sollte den nicht ungelesen wegwerfen: Die Fragen beziehen sich sehr konkret auf die Situation im Wohnumfeld, die Antworten können deutliche Auswirkungen auf die künftige Verkehrssituation im Gebiet haben!

Im Herbst folgen dann Werkstätten, in denen das Kiezblock-Konzept weiter qualifiziert, Varianten abgewogen und Maßnahmen für die Umsetzung priorisiert werden. cs



## Musikspektakel für die Waisenbrücke

Am 21. Juni zur Fête de la Musique wird auch wieder für den Bau einer neuen Waisenbrücke geworben

Alljährlich wird am 21. Juni Mittsommer und in vielen Städten weltweit auch die Fête de la Musique gefeiert. In der Nördlichen Luisenstadt fällt das Musikfest mit dem »Waisenbrückentag« zusammen: Schon im letzten Jahr hatte die »Allianz Historische Waisenbrücke« ihren jährlichen Aktionstag mit der Fête de la Musique zusammengelegt. Und auch in diesem Jahr wird ab 18 Uhr zum großen Musikspektakel unter freiem Himmel am Spreeufer eingeladen – die Veranstalter versprechen einen launigen Sommerabend für Junge und Ältere.

Umsonst und draußen warten u.a. der Shanty-Chor und Ensembles der Musikschule Fanny Hensel mit Darbietungen auf, das Schiff »Volldampf« aus dem Historischen Hafen wird vor Ort liegen, Kinder können bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Märkischen Museums historische Straßenspiele kennen lernen und es gibt noch einige andere Überraschungen.

Der Veranstalter, die »Allianz Neue Waisenbrücke«, ist ein Bündnis von Institutionen und Initiativen, die sich für den Bau einer neuen Fuß- und Radverkehrsbrücke am historischen Ort der früheren Waisenbrücke engagieren, darunter die Stiftung Stadtmuseum, die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt, der Bürgerverein Luisenstadt, der BUND, Changing Cities e.V., der Verein Historischer Hafen e.V., die Planungsgruppe Stadtkern e.V. und viele andere. Mit dem »Waisenbrückentag« fordert die Allianz unermüdlich vom Senat die Umsetzung eines Vorhabens, das sogar als Sanierungsziel für die Nördliche Luisenstadt verankert ist: eine Fuß- und Radverkehrsverbindung an dieser Stelle über die Spree, die die Verbindung der historischen Quartiere beiderseits des Flusses wiederherstellt. us

Los geht es ab 18 Uhr am Märkischen Platz, 10179 Berlin  
Mehr Infos unter: [AllianzNeueWaisenbruecke.de/#feteberlin](https://AllianzNeueWaisenbruecke.de/#feteberlin)

## »Nie wieder und jetzt«

Neue Ausstellung im Bärenzwinger

Das Jahresprogramm des kommunalen Kulturorts Bärenzwinger mit vier Ausstellungen steht 2024 unter dem Motto »Kanten und Knoten«. Die zweite Ausstellung in diesem Jahr trägt den höchst aktuellen Titel »Nie wieder und jetzt«: Die Arbeiten von Laura Fiorio und Jakob Ganslmeier fragen nach dem historischen Vermächtnis und der sozialen wie politischen Aktualität rechtsextremen Gedankenguts, der Verbreitung nationalsozialistischer und neonazistischer Symbole und Ideologien und dem Umgang mit dem schwierigen Erbe des Nationalsozialismus in den Familiengedächtnissen der deutschen Bevölkerung.

Ausgangspunkt der Ausstellung ist eine Standortbestimmung des Ausstellungsortes selbst. Vor seiner heutigen Nutzung als kommunale Kunstgalerie war der Bärenzwinger ein Bärengehege zum Amüsement der Berliner. Er wurde am 17. August 1939, zwei Wochen vor dem Überfall der Wehrmacht auf Polen, in Anwesenheit des Berliner Bürgermeisters und Nationalsozialisten Julius Lippert und »zahlreiche[r] führende[r] Männer von Staat und Partei« (Berliner Morgenpost v. 18. 8. 1939) eröffnet. Ein wichtiger Fürsprecher für den Bau des Bärenzwingers war Wilfried Bade, Mitarbeiter und ab 1940 Ministerialrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter der Leitung von Joseph Goebbels.

In den Tagen vor der Eröffnung 1939 erschienen täglich Artikel in der B.Z. am Mittag und anderen Berliner Tageszeitungen. In einem Artikel von Ludwig Heck, Leiter des Berliner Zoos sowie Rassentheoretiker und Nationalsozialist, hieß es u.a., der Bär sei stärker als ein Löwe, unberechenbar, eigensinnig und sehr geschickt. Eine Erklärung, die zweifelsohne als Selbstsymbolisierung verstanden werden durfte und auch in die rhetorischen Aufrüstungen des NS-Regimes kurz vor Kriegsbeginn passte. Dem Gebäude ist also eine nationalsozialistische Vergangenheit eingeschrieben.

Im Vorfeld der Ausstellung waren Anwohnerinnen und Anwohner aufgerufen, in der eigenen Familiengeschichte zu forschen und eigene Objekte, Familienfotos, Briefe oder anderen Dokumente und Gegenstände, die mit dem nationalsozialistischen Erbe in Verbindung gebracht werden können, zur Ausstellung beizusteuern.

Begleitend zur Ausstellung werden Workshops angeboten, in denen die Fragen zur individuellen und kollektiven Erinnerung gemeinsam diskutiert werden können.

»Nie wieder und jetzt«, Ausstellung bis 21. Juli, geöffnet Di–So 11–19 Uhr, Eintritt frei, Ort: Bärenzwinger im Köllnischen Park, Rungestraße 30, 10179 Berlin, Telefon (030) 901 83 74 61  
Mehr Infos unter [baerenzwinger.berlin/aktuell](https://baerenzwinger.berlin/aktuell)

## »Kaffee, Kuchen und Geschichte[n]«

Nachbarschaftstreffen im Bärenzwinger am 23. Juni

Der Bärenzwinger lädt die Nachbarschaft und alle Interessierten zu einem Sonntagnachmittag mit Kaffee, Kuchen und Geschichtenerzählen ein. Unter dem Motto »Kaffee, Kuchen und ...« öffnet der Bärenzwinger an einem Tag pro Ausstellung seine Türen für ein gemütliches Zusammenkommen der Nachbarschaft. Bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen gibt es die Gelegenheit zum zwanglosen Austausch über Kunst und Kultur.

Das Nachbarschaftstreffen im Juni findet im Rahmen der aktuellen Ausstellung »Nie wieder und jetzt« statt (siehe nebenstehende Seite), deren Ausgangspunkt das (nationalsozialistische) Erbe des Bärenzwingers selbst ist.

Doch mit jedem Ort sind unzählige Erinnerungen und Geschichten verbunden. Welche sind Ihre?

Sie sind herzlich eingeladen, am Nachbarschaftssonntag Geschichten zum Bärenzwinger und zur Nachbarschaft zu teilen. Vielleicht haben Sie sogar persönliche Erinnerungsstücke, die Sie mitbringen möchten? Ob Fotos, Karten, oder gesprochenes Wort – alles ist willkommen.

Bärenzwinger, 23. Juni, 14–16 Uhr

### Klimakonzert Berlin: Ton&Arten

Am Sonntag, dem 30. Juni, ist das »Orchester des Wandels« (die Staatskapelle Berlin & Friends) zu Gast im Kraftwerk Mitte in der Köpenicker Straße 70. Livemusik und Fotoprojektionen thematisieren die zerbrechliche Vielfalt der Natur.

Um 15 Uhr führen unter dem Titel »Schmelzende Schönheit« Gletscherwelten von einst und heute den Klimawandel nachdrücklich vor Augen, die Fotos von Glacionaut werden begleitet von Blechbläsern und Streichern.

»Rufender Araponga«: Um 16.30 Uhr werden Bilder eines Brasilien-Projekts gezeigt, Celloklänge, Vogelstimmen und von Indigenen handgefertigte Pfeifen verleihen gefährdeten und bereits ausgerotteten Vogelarten eine Stimme.

Um 18 Uhr geht es um »Rostende Überbleibsel«: Streicherkammermusik begleitet die Inszenierung von Hinterlassenschaften und Spuren des Menschen in der Natur. Betrachten wir, was übrigbleibt.

Klimakonzert Berlin, 30. Juni ab 15 Uhr, Kraftwerk Mitte, Köpenicker Straße 70. Der Eintritt ist frei, um Spenden vor Ort für die Orchester des Wandels in Brasilien und Madagaskar wird gebeten.

### Gemeinsame Gießaktion mit der »AG Grün für Luise«

Die letzten Sommer waren in Berlin regelmäßig zu trocken, zusätzliches Gießen war oft überlebensnotwendig für Straßenbäume und Sträucher.

Derzeit sind die Grundwasservorräte zwar noch ausreichend für das Stadtgrün. Ab Juli wird das vermutlich wieder anders aussehen und die Straßenbäume sind auf Hilfe

angewiesen, damit sie uns Schatten und Sauerstoff spenden können. Unsere Umgebung kann für uns alle aber nur lebenswert bleiben, wenn das Stadtgrün seine Lebenskraft nicht verliert. Deshalb ruft die AG GRÜN FÜR LUISE wieder zu gemeinsamen Gießaktionen in der Nördlichen Luisenstadt auf: Die AG sorgt für Zapfstellen und Gerät und lädt Anwohner und Nachbarn zu den Gießaktionen ein.

Gemeinsam schafft man mehr! Machen auch Sie mit und notieren sich schon jetzt die Termine:

- immer sonntags auf dem Heinrich-Heine-Platz, jeweils um 17 Uhr: am 16. Juni, 7. Juli, 28. Juli, 18. August, 8. September
- immer mittwochs auf dem Michaelkirchplatz, jeweils um 17 Uhr: am 26. Juni, 17. Juli, 7. August, 28. August, 18. September

### Pflanz was!

Mit der Rekommunalisierung des Berliner Wärmenetzes ist auch das bisher von Vattenfall betriebene Heizkraftwerk Mitte in die Hände der landeseigenen Gesellschaft BEW Berliner Energie und Wärme übergegangen – und damit auch der Pflanz was!-Stadtgarten direkt vor dem Heizkraftwerk Mitte. In der Köpenicker Straße 60 wird bereits seit 2017 fleißig gebuddelt und gepflanzt. Der Garten wird gemeinsam mit der Nachbarschaft und allen anderen interessierten Gartenfreundinnen und -freunden liebevoll gepflegt.

Alle sind auch weiterhin herzlich eingeladen, vorbeizukommen! Dazu muss man kein Profi sein – wer sich bei den Gartenhelferinnen und -helfern vor Ort meldet, erhält Rat, welche Pflanze welche Pflege benötigt und, was am jeweiligen Tag zu tun ist. Material und Arbeitsgeräte gibt es kostenfrei vor Ort.

In den Pflanz was!-Stadtgärten gibt es viel zu entdecken, zu bepflanzen und zu beackern. Neben Beeten und Pflanzkübeln gibt es u.a. auch einen Sandkasten für die Kinder und Liegestühle zum Entspannen, angeboten werden außerdem diverse Workshops.

Mehr zu den Stadtgärten unter [pflanz-was.bew.berlin](https://pflanz-was.bew.berlin)



Ch. Eckelt



Ch. Eckelt



(c) Ralf Kläs

Während man den polierten Kasten aus Erlenholz erkennt, vermisst man die Frontplatte aus Hartgummi. Foto

## »Elegant in der Form, einfach in der Bedienung«

Als das Spreetal das Berliner Silicon Valley war – Radiogeschichte in der Luisenstadt

Das Spreetal, in dem wir uns befinden, war vor 100 Jahren das, was heute für die Welt das Silicon Valley ist oder jedenfalls vor kurzem noch war. Damals in den 1920er Jahren waren es nicht Computer, aber durchaus schon Programme, die eine High-Tech-Industrie boomen ließen. Es handelte sich um das neue magische Medium des Rundfunks. Was heute große Bildschirme, eine leistungsfähige Internetverbindung mit schnellem Computer oder Handys sind, das war vor 100 Jahren ein modernes Radio.

Vor Jahren hielt Andreas Splanemann darüber seinen Vortrag »Der Beginn des Rundfunks: Spuren der Radiogeschichte in der Luisenstadt«. Zu meinem großen Bedauern habe ich damals die Geschichtslektion im Stadtteilladen dialog 101 in der Köpenicker Straße verpasst. Hoffentlich gibt es eine Wiederholung, denn der damalige Ankündigungstext macht neugierig darauf:

»Vor knapp 100 Jahren, am 29. Oktober 1923, wurde in Berlin der regelmäßige deutsche Unterhaltungsrundfunk gestartet. Das neue Radio begeisterte und interessierte das Publikum.« In den Anfangsjahren des Radios war Berlin das Zentrum der deutschen Funkindustrie und in Berlin wiederum lagen die meisten Firmen in der Luisenstadt in Kreuzberg und Mitte.

Von diesen Unternehmen möchte ich zumindest eines vorstellen: die Afra. Der Name ist die Abkürzung für »Aktiengesellschaft für Radio-Apparatebau«. Wer sie schnell erreichen wollte, brauchte das Telegrammwort: Afra.

1924 fand in Berlin die erste Große Deutsche Funkausstellung statt. Die Afra in der Köpenicker Straße 124 pries zu diesem Anlass ihren Zwei-Röhren-Rundfunk-Empfänger, ihren Zwei-Röhren-Niederfrequenz-Verstärker sowie Zu-

behör für komplette Anlagen an. Die Beschreibung des Rundfunk-Empfängers R. E. 2 ist wunderschöne Werbe-Poesie:

»Elegant in der Form und einfach in der Bedienung gewährleistet dieser Empfänger durch die zum Patent angemeldete Schaltung eine vollkommene, verzerrungsfreie Wiedergabe der aufgenommenen Darbietungen (Musik und Sprache) bei größter Lautstärke auch auf große Entfernungen. Als Sekundärempfänger besitzt er eine hohe Selektivität.« Ein wenig erinnert diese Sprache an Loriot's Normalverbraucher und es ist zu hoffen, dass die Radiofreunde damals die »hohe Selektivität des Sekundärempfängers« zu schätzen wussten oder zumindest, was es bedeutet. Wie das beworbene Radio von Afra aussah, ist in der Annonce plastisch beschrieben: »Der sauber nach Wunsch polierte oder gebeizte Kasten aus Erlenholz hat infolge geschickter Anordnung der Einzelteile die denkbar kleinste Abmessung erhalten. Auf der hochglanzpolierten Frontplatte aus Hartgummi befinden sich unten drei Steckbuchsenpaare zum Anschluß von drei Doppelkopfhörern und oben rechts drei Steckbuchsen zum Anschluß der Batterien mittels eines Dreifachsteckers, der jede Verwechslung der Pole ausschließt.«

Der Siegeszug des Radios, das vom Fernsehen, dann vom Computer und vom Handy abgelöst wurde, stand noch ganz am Anfang. In der Hyperinflation war nahezu der komplette Mittelstand verarmt. Doch selbst für Frauen oder Männer, die den Kaufpreis für einen Rundfunk-Empfänger aufbringen konnten, gab es weitere finanzielle Hürden: »Der Verkauf darf nur an solche Personen oder Händler erfolgen, die sich im Besitz einer von dem zuständigen Telegraphenamnt ausgestellten Genehmigungsurkunde befinden.«

Wenn man nun denkt, die Radiofreunde hätten dieses Dokument seinerzeit günstig bekommen, damit die Schlüsseltechnologie floriert: weit gefehlt. Die Gebühr für die Genehmigungsurkunde betrug 60 Goldmark pro Jahr. Zum Höhepunkt der Geldentwertung 1923 musste man für eine Goldmark mindestens 1.000.000.000.000 Inflations-Mark ausgeben, das waren eine Billion oder 1000 Milliarden.

Vielleicht ist die Afra, wie so viele, ein Opfer dieser Zeit geworden, denn schon zu Ende 1924 musste man in der Zeitschrift Funk lesen: »Die Geschäftsaufsicht über die Afra-Aktiengesellschaft für Radio-Apparatebau in Berlin SO 16, Köpenicker Straße 124, ist am 2. Sept. 1924 aufgehoben worden.«

Das einzige Foto, das ich finden konnte und das einen Apparat zeigt, der dem beschriebenen nahekommt, ist leider von einem Konkurrenzprodukt. Jahre nach dem Afra-Apparat produziert, ähnelt es diesem verblüffend. Es ist ein Telefunken III von Telefunken und die Ähnlichkeit im Aufbau spricht dafür, dass die Ingenieure sich auf die Afra-Technik stützten und direkt fortsetzten. Falko Hennig

Der Autor lädt ein zum Stadtpaziergang durch die Luisenstadt, täglich 15 Uhr, 2h / €12,-, Anmeldung unter Telefon (0176) 20 21 53 39.

## »Unbefugter Gebrauch eines Kraftfahrzeugs«

Wenn Minderjährige auf Leih-E-Scootern unterwegs sind, machen sie sich oft strafbar

Elektrische Roller, sogenannte »E-Scooter«, sind vielen ein Ärgernis. Denn oft sind sie so abgestellt, dass sie einem den Weg versperren. Und manchmal erschrecken Fußgänger, weil von hinten so ein Ding lautlos angerollt kommt und einen umkurvt. Häufig lenken Jugendliche die E-Scooter. Und sehr viel häufiger, als man vermutet, machen sie sich dabei strafbar.

Darauf machte Mitte Mai der Polizeiabschnitt 17 mit einer Aktion auf dem namenlosen Platz neben dem Rathaus Wedding aufmerksam. Mit Infomobil und E-Scooter-Parcours positionierte sie sich vor dem Jobcenter, zudem kontrollierten Beamte am Radstreifen entlang der Müllerstraße die vorbeifahrenden Scooter.

Zuvor hatten mehrere Schulleiter von Oberschulen dem Abschnitt berichtet, dass zunehmend Schülerinnen und Schüler per E-Scooter zur Schule kommen – wobei sie über die Regeln, an die sie sich halten müssen, nur unzureichend Bescheid wissen. Allgemein bekannt ist meist nur, dass man mit dem E-Scooter dieselben Wege benutzen muss wie Radfahrer, also – falls vorhanden – Radwege und Radstreifen und ansonsten die Fahrbahn. Bürgersteige sind grundsätzlich tabu, selbst wenn die Fahrbahn mit Kopfsteinen gepflastert ist und das Befahren mit dem Scooter recht ungemütlich ist.

Aber deshalb sind E-Scooter nicht generell Fahrrädern gleichgestellt, im Gegenteil: Offiziell gelten sie als Kraftfahrzeug, weshalb sie rechtlich in eine andere Kategorie gehören – vor allem strafrechtlich. Den meisten ist auch überhaupt nicht klar, dass sich Minderjährige strafbar machen, wenn sie mit einem Miet-E-Roller unterwegs sind. Zwar erlaubt die »Elektro-Kleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV)« bereits 15-Jährigen, das öffentliche Straßenland ohne Führerschein mit so einem Gerät zu befahren. Aber in den Geschäftsbedingungen der Verleihfirmen von E-Scootern findet sich faktisch immer ein Passus, der bei ihrer Benutzung ein Mindestalter von 18 Jahren vorschreibt. Wer sich also beispielsweise mit der App eines Elternteils einen Leihroller freischaltet und damit herumfährt, obwohl er oder sie unter 18 Jahre alt ist, macht sich des »unbefugten Gebrauch eines Kraftfahrzeugs« schuldig (§ 248b StGB). Es droht eine Geldstrafe oder sogar eine Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren sowie Ungemach, wenn man sich später für den Führerschein anmelden will. Und auch



Ch. Eckelt

diejenigen, die den Minderjährigen ihre App zur Verfügung gestellt haben, kriegen Ärger mit der Justiz.

Oft sind Jugendliche zudem auf geknackten Miet-E-Scootern unterwegs. Dann kommt auch noch Diebstahl hinzu. Wenn der sich nicht persönlich nachweisen lässt, weil das Gerät angeblich irgendwo am Straßenrand bereits geknackt aufgefunden worden war, gilt dennoch der »unbefugte Gebrauch«. Der ist zwar (ähnlich wie Hausfriedensbruch oder Körperverletzung) ein Antragsdelikt und wird von der Justiz nur verfolgt, wenn der Geschädigte das beantragt. Aber die Verleihfirmen tun das in der Regel. Bei geknackten E-Scootern liegt ihr Interesse auf der Hand. Doch auch wenn Erwachsene den Gebrauch des Rollers bezahlen und ihn den Jugendlichen vertragswidrig überlassen, können die Firmen bei Unfällen in Schwierigkeiten kommen, wenn sie den Missbrauch zulassen.

Auch Alkohol- und Drogenkonsum wirken sich am Lenker eines E-Scooters schwerer aus als beim Fahrradfahren. Für E-Scooter gelten dieselben Regeln wie beim Führen eines Autos: Ab 0,5 Promille (unter Umständen sogar schon ab 0,3%) droht ein einmonatiges Fahrverbot, ab 1,1 Promille ein Strafverfahren. Über die Grenzwerte bei Cannabis-Konsum wird demnächst der Bundestag entscheiden. Aber auch hier werden für E-Scooter dieselben Werte gelten wie beim Führen anderer Kraftfahrzeuge und nicht die deutlich höheren Toleranzbereiche für Radfahrende.

Die Polizei will jetzt häufiger spezielle Verkehrskontrollen für E-Scooter durchführen. Und sie richtet auch die Präventionsarbeit an den Schulen entsprechend aus. Im Polizeiabschnitt 17 steht eine Schulstunde »Elektro-Scooter« bereits auf dem Lehrplan des Präventionsunterrichts für die sechsten Klassen. Andere Abschnitte wollen dem Beispiel jetzt folgen.

cs



## »Wie geben wir dem öffentlichen Raum eine neue Qualität?«

Ein Gespräch mit dem neuen Bezirksstadtrat Christopher Schriner

*Christopher Schriner ist der neue Bezirksstadtrat für Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen im Bezirk Mitte und trat damit im April die Nachfolge von Dr. Almut Neumann an.*

*Der gebürtige Bonner (Jg. 1980) absolvierte ein Architekturstudium an der FH Köln. Seit 2013 lebt er in Berlin und war als Architekt, später auch als Gesellschafter in einem Büro für Wettbewerbswesen, Stadtentwicklung und Projektentwicklung tätig. Mit seiner Ernennung zum Stadtrat legte er diese Tätigkeit nieder. Christopher Schriner lebt seit 2017 mit seiner Familie in Moabit.*

Herr Schriner, bevor Sie Stadtrat wurden, waren Sie für das Büro C4C tätig, das auch in Berlin viele wichtige Projektentwicklungen und Beteiligungsverfahren begleitete, u.a. bei den Karstadt-Warenhäusern am Leopoldplatz und am Hermannplatz, beim geplanten »Central Tower« an der Jannowitzbrücke oder auch dem ULAP-Areal am Hauptbahnhof. Was ist der Brückenschlag zu Ihrer jetzigen Tätigkeit als Stadtrat »für den öffentlichen Raum«, wie Ihre Vorgängerin das Ressort gern nannte? Immerhin haben Sie auch einen Seitenwechsel vollzogen: von einem freien Büro hin zu Politik und Verwaltung ...

Raumgestaltung und Raumentwicklung waren schon meine Themen, als ich an der Universität Aachen tätig war. Das Spannendste ist für mich der öffentliche Raum. Wir sind in Berlin allerdings in der Realität noch längst nicht so weit, wie wir es gedanklich oft sind. Das Wissen ist da, die praktische Umsetzung dauert dagegen sehr lange.

Ein schönes Beispiel ist das Masterplanverfahren für die Berliner Mitte rund um die Friedrichstraße: In den neuen Gestaltungsrichtlinien wird nun die Klimaanpassung stärker in den Blick genommen. Es gibt einen Wandel im Ver-

waltungsdenken – aber vieles geht in der Praxis natürlich langsamer, als man sich das oft wünschen würde.

Den Wandel spürt man auch in Mitte beispielsweise beim Straßen- und Grünflächenamt, das jetzt viel offener ist für Bürgeraktivitäten wie die Bepflanzung von Baumscheiben. Es zeigt sich auch in der Priorisierung von Maßnahmen durch Ihre Vorgängerin, die relativ zügig, einfach und mit wenig Kostenaufwand umsetzbar waren – etwa Fahrradständer an Kreuzungsbereichen, statt diese aufwändig baulich umzugestalten.

Dieser Strategiewechsel war sehr klug. Wichtig ist, bei solchen Prozessen Bürgerinitiativen als Partner zu begreifen, nicht als Gegner. Das sieht man auch bei den Kiezblocks, die ja eigentlich immer durch Bürgerinitiativen vor Ort angeregt werden – und im Regelfall nicht durch die Verwaltung. Den nächsten Schritt gehen wir, indem wir uns zum Beispiel in den Kiezblocks mit der Gestaltung der Räume beschäftigen. Durch das Heraushalten des Durchgangsverkehrs laden die ja teils sehr großen Straßenräume plötzlich wieder zu anderen Nutzungen ein, beispielsweise in der Bellermannstraße.

Wie gestalten wir diese Räume? Wie verleihen wir ihnen eine neue Qualität, damit auch für Kritiker der Kiezblocks und der Verkehrsberuhigung der Mehrwert erkennbar und spürbar wird? Wir müssen uns klarmachen: In den letzten 20 Jahren sind ca. 80.000 Menschen in den Bezirk Mitte gezogen, die Bevölkerung ist um ca. 20% gewachsen. Gleichzeitig schwindet durch die Bautätigkeit der öffentliche Raum immer mehr und Nutzungskonflikte nehmen zu.

**Viele Vorhaben scheiterten in der Vergangenheit auch an den mangelnden Planungs- und Umsetzungskapazitäten der Verwaltung ...**

Zum Strategiewechsel gehört auch eine andere Weise des Herangehens: Statt erstmal lange einen möglichst perfekten Plan auszutüfteln, um ihn dann irgendwann vielleicht umsetzen zu können, geht es jetzt viel stärker darum, das Machbare zu beginnen und die eventuell auftauchenden Probleme im Prozess zu lösen.

**Problematisch wird es in Verkehrsfragen, sobald die zweistufige Verwaltung ins Spiel kommt: So ist der Senat für Hauptstraßen zuständig, und der vollzieht in Sachen Verkehrsberuhigung oder Fahrradwege ja momentan eher eine Rückwärtsrolle.**

Es gibt einen vom Senat beschlossenen Radverkehrsplan für Berlin, der die Basis für unsere Planungen darstellt. Mit der Senatsverkehrsverwaltung gibt es derzeit eine Diskussion über einiges, was im vorhin erwähnten Masterplangebiet Berliner Mitte liegt. Das betrifft vor allem auch das dort vom Bezirk geplante Fahrradstraßennetz, etwa die Charlottenstraße. Verkehrsfragen sind natürlich in einer Großstadt in Berlin immer hochkomplex. Man muss sie auch gesamtstädtisch betrachten: In Berlin-Mitte gibt es schon durch die zentrale Lage des Bezirks einen viel stärkeren Durchgangsverkehr als in den Randbezirken.

Wenn es aber Möglichkeiten gibt, mit dem Fahrrad von Spandau aus sicher nach Mitte zu kommen, dann könnte das unter Umständen ja auch die ewig verstopfte Heerstraße in Spandau etwas entlasten ... Zudem gelten auf EU-

Ebene auch weiterhin Sektorenziele bei der Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, auch wenn diese jetzt auf Bundesebene gelockert wurden. Halten wir uns nicht daran, könnte das auch Strafzahlungen nach sich ziehen.

**Der Bezirk richtet derzeit sehr viele Fahrradstraßen im Nebenstraßenbereich ein, was bei vielen gut ankommt. Aber viele einzelne Straßen ergeben ja noch kein Netz: Oft bleiben Löcher, wo es gefährlich wird und wo man seine Kinder mit dem Rad nicht fahren lassen möchte.**

Es gibt da immer wieder schwierige Punkte. Ein Beispiel ist die Einmündung der Oranienburger Straße in die Friedrichstraße, dort, wo der Prototyp der Fahrradstraßen von Mitte, die Linienstraße, endet. Hier wird es plötzlich sehr eng: zwei Hauptstraßen, die Straßenbahn, ein U-Bahnhof und überall Touristen. Um solche Stellen zu sichern, braucht man ein völlig neues Denken in der Verkehrspolitik.

**Es gibt auch andere konkrete Konfliktstellen. So fehlt in der Nördlichen Luisenstadt an der Kreuzung Köpenicker und Adalbertstraße eine Ampel: Für die wäre die Senatsverwaltung zuständig, denn die Köpenicker ist ja eine Hauptstraße. In der Adalbertstraße wird im August aber eine neue Grundschule eröffnet. Dann geht es auch um die Sicherheit von Schulkindern ...**

Ich bin sehr froh darüber, dass wir auf Bezirksebene die AG Schulwegsicherheit wieder gestartet haben, die sich mit konkreten Lösungsmöglichkeiten beschäftigt und für die sich auch mein für Schule und Sport zuständiger Kollege, Bezirksstadtrat Benjamin Fritz, sehr engagiert. Daran sind nicht nur die Verwaltungen beteiligt, sondern auch die Schulen, Elternvertretungen und Initiativen. Dabei werden wir auch mit dem Thema der sogenannten „Eltern-taxis“ umgehen müssen, denn in der Realität ist es nun einmal so, dass Eltern schon aus praktischen Erwägungen auf dem Weg zur Arbeit und vielleicht auch zur Kita des Geschwisterkindes das Schulkind eben im Auto zur Schule bringen.



**Kommt Ihnen Ihre frühere Tätigkeit bei C4C bei Ihrer jetzigen Aufgabe zugute?**

Ich könnte diese Arbeit gar nicht machen ohne die zehn Jahre bei C4C zuvor. Dort habe ich viel über Grundlagen des planerischen und Verwaltungshandelns erfahren, etwa über Bebauungspläne und ähnliches. Zugleich habe ich dort gelernt, wie man Bedarfe ermittelt, Verfahren – z.B. Wettbewerbsverfahren – betreut und Prozesse strukturiert, in denen Menschen zusammen diskutieren, um zu gemeinsamen Zielvorstellungen und Ergebnissen zu kommen. Beim Dialogverfahren zum Stadteingang West (Ersatzneubau Autobahndreieck Funkturm) etwa waren am Ende über 70 Beteiligte zu integrieren, die alle etwas beizusteuern hatten.

**In der Vergangenheit gab es bei manchen Maßnahmen auch Unmut bei Anwohnern oder Gewerbetreibenden, die beklagten, dass sie zuvor nicht oder nicht ausreichend über das geplante informiert worden waren. Wie wollen Sie es künftig mit der Beteiligung halten?**

Öffentlichkeitsarbeit ist sehr wichtig, um Maßnahmen vorzubereiten und zu begleiten. Aber es gibt keine pauschalen Regeln dafür, wie sie aussehen und ablaufen sollte. Die Beteiligung kann sich von Fall zu Fall anders gestalten, je nachdem, worum es konkret geht und wer davon betroffen ist. Es gibt überall Veränderungen, und jede Maßnahme muss anders begleitet werden.

Wir spüren alle, dass wir in schwierigen Zeiten leben und eine problematische Grundspannung wächst: Viele klagen, dass Aggressionen zunehmen, auch im Verkehr. Wir müssen aber auch klarmachen, dass nicht alles sofort geht und dass es nicht die eine, große Lösung für alles gibt. Aber muss man sich auch vor Augen halten: Es geht um den öffentlichen Raum, der uns alle betrifft und der uns einen Ort gibt, in dem Gemeinschaft unterschiedlicher Menschen in der Gesellschaft jeden Tag gelebt wird.

*Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich*

### Neue Vorhabenliste des Bezirks

Auf der Beteiligungsplattform des Landes Berlin »mein.berlin.de« finden sich auch Steckbriefe mit Vorhaben des Bezirks Mitte, die kontinuierlich aktualisiert werden. Sie sind auf einer Karte angeordnet und bieten einen gewissen Überblick über das Geschehen im lokalen Umfeld. Einmal jährlich erscheint die Vorhabenliste des Bezirks auch als pdf-Dokument und kann auf der Website des Büros für Bürgerbeteiligung »mittemachen-berlin.de« heruntergeladen werden. Hier findet man auf 170 Seiten grundlegende Informationen über die aktuellen Planungen und Projekte der Bezirksverwaltung, zum Beispiel über öffentliche Bauvorhaben, verkehrliche Planungen oder Vorhaben mit gesetzlich vorgeschriebener Bürgerbeteiligung mit Stand vom Mai. Leider sind einige besonders interessante Projekte im öffentlichen Raum wie Fahrradstraßen und Kiezblocks nicht unter den Bezirksregionen aufgelistet und werden nur pauschal ohne lokale Spezifizierung als »bezirksregionübergreifende Vorhaben« angekündigt. Auch auf »mein.berlin.de« sind sie nicht in der Karte eingetragen. cs



## 300 Bänke für die Kieze

»Maßnahmen für die Stadtverschönerung« werden leider eingestellt

Im Bezirk Mitte werden insgesamt 300 zusätzliche Sitzbänke auf öffentlichem Straßenland aufgestellt. Finanziert wird dies mit 300.000 Euro aus Mitteln der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt aus dem Haushaltstitel »Maßnahmen für die Stadtverschönerung« des Doppelhaushalts 2023/2024. Doch im aktuellen Haushalt wird dieser Titel leider nicht fortgesetzt.

Auf einer Karte auf der Website des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) sind die bereits 2023 realisierten 100 Standorte aufgeführt, dabei fällt auf, dass sie nicht gleichmäßig über den Bezirk verteilt sind, sondern geballt in Schwerpunktbereichen. Sie stehen etwa im Brunnenviertel, in Moabit, in Tiergarten-Süd sowie in der Spandauer und Rosenthaler Vorstadt. Im Ortsteil Wedding dagegen oder in der Nördlichen Luisenstadt sind noch fast keine der neuen Straßenbänke verzeichnet.

Zur Standortauswahl wurde laut SGA eine Datenanalyse des öffentlichen Straßenlandes vorgenommen, die Bereiche mit zu wenigen oder gar ohne Sitzmöglichkeiten identifizierte. Zudem mussten bei der Realisierung der Vorschläge auch noch die Gegebenheiten und Zwänge vor Ort berücksichtigt werden, etwa hinsichtlich der Barrierefreiheit, von frei zu haltenden Leitungszugängen, Wurzelbereichen, empfindlichen Oberflächenmaterialien etc. Wichtig waren aber auch die Standortvorschläge der Stadtteilkordinationen und des Mobilitätsrates von Mitte. Das ist ein Gremium, das sich zweimonatlich öffentlich trifft und an dem nicht nur Fahrrad- und Fußgängerverbände teilnehmen, sondern zum Beispiel auch die Seniorenvertretung, die Fraktionen der BVV oder Kiezinitiativen. Im Internet kann man sich recht ausführlich über den Mobilitätsrat informieren und erhält dabei einen guten Überblick

über die aktuellen Projekte des Straßen- und Grünflächenamtes (siehe unten). Der Mobilitätsrat hatte im April 2023 einen Workshop zu den Straßenbänken durchgeführt, bei dem die Vor- und Nachteile verschiedener Standorte und Blickrichtungen vor Ort ausführlich diskutiert wurden.

Ob in Zukunft noch weitere Bänke aufgestellt werden können und dabei auch andere Regionen des Bezirks stärker einbezogen werden, ist ungewiss. Der Haushaltstitel 52131, aus dem die Aktion finanziert wurde, hat nämlich die Beratungen zum neuen Berliner Doppelhaushalt nicht überstanden. Hier heißt es jetzt nur noch: »Der Titel fällt weg«. Zwar werden in Mitte manchmal auch anderswo Bänke frei, zuletzt etwa Unter den Linden, wo 100 alte Bänke abmontiert und ersetzt wurden. Sie werden jetzt repariert und später anderswo aufgestellt. Ob aber ein ähnliches Programm wie die »Maßnahmen zur Stadtverschönerung« künftig noch einmal aufgelegt wird, ist ungewiss. Das hängt vermutlich auch davon ab, welche Resonanz die Politik erreicht. Möglicherweise spricht sich ja herum, dass hier mit relativ geringen Mitteln ein ziemlich positiver Effekt in den Kiezen erzielt werden konnte ... cs

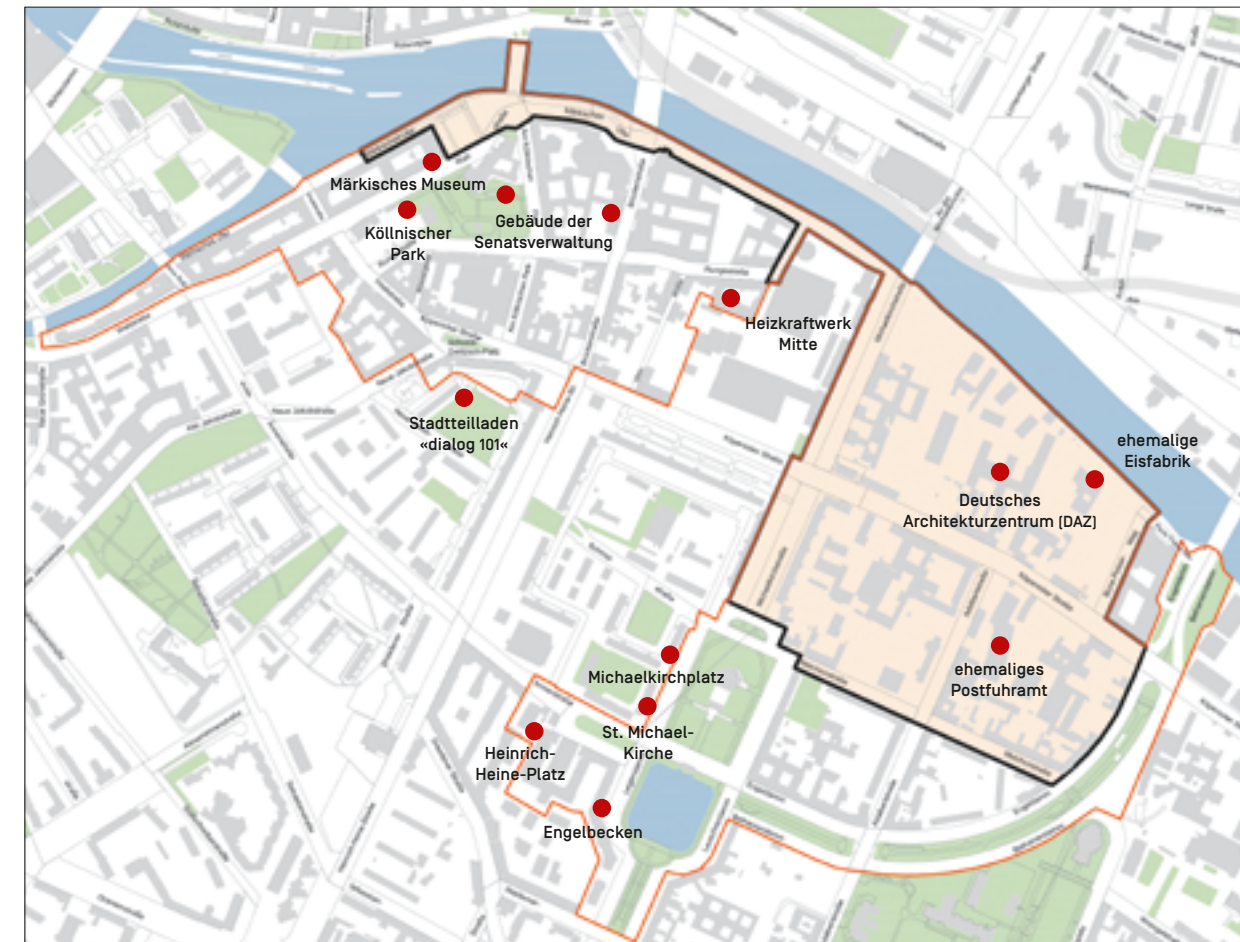
Karte der bereits realisierten Bänke: [www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/planung-entwurf-neubau/artikel.1403386.php](http://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/planung-entwurf-neubau/artikel.1403386.php)

Mobilitätsrat Mitte: [www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/planung-entwurf-neubau/mobilitaetsrat-1065342.php](http://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/planung-entwurf-neubau/mobilitaetsrat-1065342.php)

### Internationaler Bezirk Mitte

Im vergangenen Jahr wuchs die Bevölkerungszahl des Bezirks Mitte um etwa 1500 Personen. Dabei sank die Zahl der deutschen Staatsbürger um etwa 2000, die der Ausländer stieg um etwa 3500. Inzwischen hat mehr als die Hälfte der Einwohner des Bezirks Mitte einen Migrationshintergrund bzw. ist aus dem Ausland zugezogen. Das geht aus der Einwohnerregister-Statistik des Statistischen Landesamtes Berlin-Brandenburg hervor, die jetzt auch für den Stichtag 31.12.2023 vorliegt. Von den knapp 400.000 im Bezirk Gemeldeten haben etwa 230.000 (57,5 %) mindestens einen Elternteil, der nicht in Deutschland geboren wurde. Von ihnen besitzt etwa ein Drittel die deutsche Staatsbürgerschaft.

Etwa 60.000 Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirks stammen aus anderen EU-Ländern, unter ihnen verfügt knapp ein Viertel über die deutsche Staatsbürgerschaft. Aus islamischen Ländern stammen mit 80.000 etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Von ihnen sind etwa 40% deutsche Staatsbürger. Viele der neuen Mitte-Bewohner aus dem Ausland haben gutbezahlte Jobs in den Büros der Innenstadt. Dort wird weithin auch Englisch gesprochen. cs



Sanierungsgebiet  
Nördliche  
Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

## Adressen

**Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe**  
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin  
Tel 90 18-446 00  
[ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de](mailto:ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de)

**Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung**  
Müllerstraße 146, 13353 Berlin  
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,  
Tel 90 18-458 46  
[stadtplanung@ba-mitte.berlin.de](mailto:stadtplanung@ba-mitte.berlin.de)

**Sanierungsverwaltungsstelle**  
Anke Ackermann  
[anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de](mailto:anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de)  
Jan Schlaffke  
[jan.schlaffke@ba-mitte.berlin.de](mailto:jan.schlaffke@ba-mitte.berlin.de)

**Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen**  
Referat IV C – Stadterneuerung  
Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin  
Johanna Maske (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19  
[johanna.maske@senstadtum.berlin.de](mailto:johanna.maske@senstadtum.berlin.de)

**Gebietsbetreuung Luisenstadt [Mitte]**  
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH  
Ramona Tucholski, Tel 33 00 28 45,  
[tucholski@kosp-berlin.de](mailto:tucholski@kosp-berlin.de)  
[www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de)  
Sprechstunde: Dienstag 15–18 Uhr  
im Stadtteilladen »dialog 101«

**Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt**  
Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadtteilladen »dialog 101«  
Ansprechpartner: Volker Hobrack,  
Tel 275 47 69, [volker.hobrack@gmail.com](mailto:volker.hobrack@gmail.com)  
bzw.: [bv.luisenord@gmail.com](mailto:bv.luisenord@gmail.com)  
[www.luise-nord.de](http://www.luise-nord.de)

**Bürgerverein Luisenstadt**  
Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,  
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08  
[post@buergerverein-luisenstadt.de](mailto:post@buergerverein-luisenstadt.de)  
[www.buergerverein-luisenstadt.de](http://www.buergerverein-luisenstadt.de)  
Bürozeiten: montags 13–17 Uhr

**Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten**  
Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)  
Stadtteilladen »dialog 101«  
Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin  
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,  
Tel 499 08 44 16  
[www.mieterberatungpb.de](http://www.mieterberatungpb.de)





Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

## Über den Tellerrand

Vor einigen Jahren, als Verwandte aus Süddeutschland mit ihren Kindern auf Berlinbesuch waren, saßen wir noch ein wenig länger zusammen. Dem etwa 14-jährigen Sohn wurde das alles zu lang, er wollte zurück ins Familienquartier. Kein Problem sagte ich, die U-Bahn ist hier gleich um die Ecke, und er musste nur zwei Stationen fahren. Er druckste ein wenig herum und blieb dann doch lieber, bis seine Eltern mit ihm aufbrachen. Später erfuhr ich, warum: Die U-Bahneingänge hatten ihm einfach Angst gemacht. Am nächsten Tag sah ich mir meine nächstgelegene Station, den Rosenthaler Platz aufmerksamer an: Schmierereien, Dreck, Scherben und Partyhinterlassenschaften Besoffener. Nicht gerade einladend.

Ich bin in dieser Stadt geboren, ich liebe Berlin, und manchmal wird man dann ein wenig betriebsblind. Jeder braucht ab und an ein ehrliches Feedback. Deshalb lese ich auch gern die Reflexionen ausländischer Berlin-Korrespondenten, wenn sie versuchen, ihren Landsleuten diese seltsame Stadt zu erklären.

Aus einem ähnlichen Grund muss ich von Zeit zu Zeit ganz dringend aus Berlin verschwinden und irgendwo eintauchen, wo nicht auf Deutsch herumgemault wird. Ein Blick über den Tellerrand hilft manchmal ungemein, um zu sehen, wie andernorts städtische Probleme gelöst werden – und auch, wie der Umgang miteinander so funktioniert.

Auf diese Weise habe ich in Helsinki, Tallinn oder Kopenhagen gelernt, dass der Neubau einer modernen Zentralbibliothek im Herzen der Stadt, eine grundlegende Digitalisierung der Verwaltung oder die

rechtzeitige Anbindung von neuen (übrigens nahezu autofreien) Stadtquartieren an den ÖPNV weder Hexenwerk noch Utopien sind, sondern eher eine Frage der politischen und gesellschaftlichen Prioritäten.

Vielleicht würde es auch der Politik helfen, öfter mal den Blick über den Tellerrand zu wagen. Man fragt sich sowieso, wie der Bundesfinanzminister damit klarkommt, dass internationale Ökonomen fast einhellig seine Liebe zur Schuldenbremse, nun ja, etwas skurril finden, um nicht zu sagen, komplett gaga. Der Berliner Verkehrspolitik wiederum möchte man sehr dringend einen Artikel ans Herz legen, der neulich in der ZEIT erschien. Geschrieben hat ihn ein Däne: Matthias Irminger Sonne arbeitete von 2009 bis 2023 als Korrespondent einer dänischen Tageszeitung in Deutschland und ist jetzt Kultur- und Kommunikationschef der dänischen Botschaft in Berlin. Überschrift: »Ich konnte das Chaos kaum fassen«. Ein Auszug: »Fehlende Radwege. Zerlöcherte Radwege. Radwege, die plötzlich enden oder vor Bäumen abrupt abknicken. Unmögliche Kreuzungen ohne getrennte Ampeln für Fahrräder. Und auch damals schon: Aggressionen zwischen Auto- und Fahrradfahrern. Verwundert musste ich feststellen, dass Fahrräder in Berlin als Problem und nicht als Lösung gesehen werden.« Vor allem irritiert ihn, dass der Radverkehr in Berlin eher ideologisch denn rational gesehen wird, und zitiert den Chef des dänischen Fahrradverbands: »Eigentlich sind (in Kopenhagen, d. Red.) alle Parteien fürs Fahrradfahren, auch wenn vielleicht in unterschiedlichem Ausmaß. Radfahren löst so viele Probleme, vor denen die Politik steht – vom Klima über Stadtplanung bis zur Verkehrsdichte, gesund ist es auch. Da kann man sich eigentlich keine parteipolitischen Grabenkämpfe leisten. Niemand glaubt daran, dass auch noch in 50 Jahren die heutige Menge an privaten Autos den Kern unseres Stadtverkehrs ausmachen wird.« Der Autor fügt an: »Niemand – außer den Berlinern vielleicht.«

Ach, Berlin.

us